

Aktuell = Actuel

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **41 (1994)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die kantonalen Zivilschutzdirektoren tagten in Brig

«Der Zivilschutz erträgt keine weiteren Finanzkürzungen»

Die Jahresversammlung der Konferenz der Zivilschutzdirektoren (ZSDK) findet usugemäss jedes Jahr in einem anderen Kanton statt. Die Rolle des Gastgebers übernahm 1994 der Kanton Wallis. Gastreferent Bundesrat Arnold Koller sprach über die Umsetzung des neuen Zivilschutzes in den Kantonen, und die Regierungsvertreter verabschiedeten einstimmig eine Resolution gegen weitere finanzielle Abstriche beim Zivilschutz.

HANS JÜRG MÜNGER

Der Präsident der ZSDK, der Obwaldner Regierungsrat Toni Wolfisberg, wickelte die statutarischen Traktanden gewohnt flüssig ab. Staatsrat Richard Gertschen stattete in seinem Willkommensgruss den Repräsentanten der Kantone für ihre freundeidgenössische Hilfe anlässlich der Hochwasserkatastrophe vom September 1993 nochmals den herzlichen Dank des Wallis ab. Infolge Amtszeitbeschränkung in seinem Kanton muss Regierungsrat

Toni Wolfisberg 1995 aus der Obwaldner Regierung und damit auch aus der Zivilschutzdirektorenkonferenz ausscheiden. Als neues Mitglied wählte die Versammlung deshalb Regierungsrat Walter Bischofberger, Appenzell Innerrhoden, in den ZSDK-Vorstand. Als Vertreter der Romandie in den Vorstand gewählt wurde sodann auch Staatsrat Charles Favre aus der Waadt. Ebenfalls ohne Gegenstimme wurde schliesslich Regierungsrat Rudolf Gisler, Vorsteher der Militär- und Polizeidirektion des Kantons Glarus, zum Präsidenten der ZSDK gewählt, als Nachfolger von Toni Wolfisberg. Dieser erhielt für seine Präsidialjahre viel Applaus.

Zivilschutz:

18 990 Manntage im Oberwallis

Zivilschutzformationen aus dem Wallis und vielen anderen Kantonen hätten zur Behebung der Katastrophenschäden vom Herbst letzten Jahres allein im Oberwallis während Monaten insgesamt rund 19 000 Manntage wertvoller Arbeit geleistet, stellte Bundesrat Arnold Koller, Vorsteher

des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements und damit höchster Zivilschutz-Verantwortlicher des Landes, zu Beginn seines Referats zur Umsetzung des neuen Zivilschutzes in den Kantonen nicht ohne Stolz fest. Den Dank des Bundesrates und der geprüften Bevölkerung hätten der Zivilschutz und die andern Rettungsorganisationen ehrlich verdient.

Die Reform politisch unterstützen

Bundesrat Koller wies darauf hin, dass am 19. Oktober der Bundesrat die neue Zivilschutzgesetzgebung und mit ihr eine ganze Reihe von Folgeerlassen wie geplant auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt habe. Auf Stufe Bund seien damit die Rahmenbedingungen und Vorleistungen für die organisatorische Umsetzung zeitgerecht erbracht worden. Nun verlagere sich das Schwergewicht mehr und mehr vom Bund zu den Kantonen und den Gemeinden, die nun ihrerseits die Reform auch politisch zu unterstützen hätten, und zwar in den Bereichen Führung, Einsatz zur Nothilfe, Imagepflege, Regionalisierung und Zusammenarbeit mit den Partnern. Denn mit dem Inkrafttreten der neuen Gesetze und Verordnungen sei der neue Zivilschutz noch nicht umgesetzt; gerade auf Stufe Kanton und Gemeinde brauche es jetzt besondere Anstrengungen.

Ausbildung hat erste Priorität

Mit der Ausbildung stehe und falle der neue Zivilschutz, betonte Arnold Koller. Mit der Schaffung günstiger Voraussetzungen – insbesondere mit der Übernahme der Ausbildung der obersten Zivilschutzkader und der hauptamtlichen Instruktoren durch den Bund – leiste er einen wesentlichen Beitrag. In den Kantonen gehe es nun darum, den Bestand der hauptamtlichen Instruktoren zu erreichen und zu halten und sie an der Instruktorenschule auszubilden, die Einteilungsrapporte und die Wiederholungskurse in den Gemeinden zu steuern, und zwar sowohl substantiell als auch bezüglich Erscheinungsbild. Dazu müsse die Ausbildung und Führung generell nicht nur der Zivilschutzleitung sondern auch der Gemeindeführung und der neuen Pikettelemente an die Hand genommen werden.

Zivilschutz sparte überdurchschnittlich

Trotz knapper Finanzen seien gemäss Verfassung, Bund, Kantone und Gemeinden für den Schutz und die Sicherheit unserer Bevölkerung verantwortlich. Der Zivilschutz habe bisher wie kein anderes Aufgabengebiet durch gezielte Massnah-

Resolution

Mit der im Parlament erfolgten Revision der Zivilschutzgesetzgebung wird das Zivilschutzwesen in der Schweiz neu ausgerichtet und werden Änderungen von zentraler Bedeutung gesetzlich verankert. Erfreulich dabei ist die breite Unterstützung und Akzeptanz des neuen Zivilschutzes sowohl in den Räten als auch in weiten Kreisen der Bevölkerung.

Der neue Zivilschutz bringt auch eine Reihe von Verzicht und finanziellen Einsparungen, so zum Beispiel eine drastische Verminderung der Anzahl der Schutzdienstleistenden, eine Reduktion beim Bau von Schutzbauten und eine Straffung der Zivilschutzorganisationen. Damit leistet der neu ausgerichtete Zivilschutz einen wesentlichen und überdurchschnittlichen Beitrag zur notwendigen Sanierung der Bundesfinanzen.

Die Zivilschutz-Direktorenkonferenz stellt sich vorbehaltlos hinter die neue Gesetzgebung. Sie fordert aber ebenso deutlich, dass bei der Verwirklichung des neuen Zivilschutzes keine weiteren finanziellen Abstriche gemacht werden, damit letztlich die Glaubwürdigkeit der Organisation aufrechterhalten bleibt und der Auftrag – insbesondere im Bereich der Katastrophen- und Nothilfe – erfüllt werden kann.

Dringend notwendig sind auch gezielte Investitionen für die Ausrüstung von Rettungsformationen, deren Einsatz morgen schon über Leben oder Tod von Menschen entscheiden kann.

Die Zivilschutzdirektoren fordern deshalb Bund, Kantone und Gemeinden dringend auf, die für die Realisierung des Zivilschutz-Leitbildes erforderlichen finanziellen Mittel und personellen Kräfte bereitzustellen.

Die Zivilschutzdirektoren-Konferenz



FOTO: P. RIEDER

Die Zivilschutzdirektoren mit BZS-Vertretern vor dem Stockalperpalast in Brig.

men gespart. Bis zum Jahre 2010 würden es mehr als 2,8 Milliarden Franken sein. Davon entfielen rund eine halbe Milliarde auf die Kantone. Bis 1998 werden die Zivilschutzausgaben im Vergleich zu 1991 um 40% abnehmen, die Jahreszusicherungskredite für Bauten bis zum Jahre 1997 gegenüber 1992 mehr als halbiert. «Weitere Einsparungen verunmöglichen die Erfüllung der im Sicherheitspolitischen Bericht erteilten Aufträge und kämen letztlich einem Verstoß gegen die politische Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit gleich», mahnte Bundesrat Koller. Eine da und

dort geforderte Reduktion der Bestände oder die Schaffung einer reinen Profi- oder Kaderorganisation führten zu einer weiteren Ausdünnung des Rettungsnetzes in ausgedehnten Schadenlagen; sie wären im Endeffekt teuer und verunmöglichten zudem den flächendeckenden Schutz aller Einwohner unseres Landes.

Resolution gegen weitere Kürzungen

Nach dem engagierten Referat des Bundesrates orientierten David Schnyder,

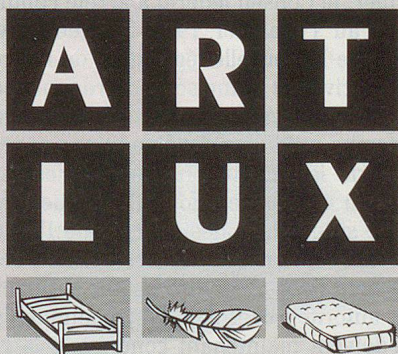
Chef Feuerwehrwesen und Zivilschutz des Kantons Wallis, Leander Cina, Einsatzleiter im Herbst 1993, sowie Brigadier Franziskus Escher der Kantonspolizei Wallis eingehend über die Einsätze anlässlich der Unwetterkatastrophe.

Die Zivilschutzdirektoren verabschiedeten hierauf einstimmig eine Resolution, in der sie zum Ausdruck brachten, dass der neue Zivilschutz keine weiteren Finanzkürzungen ertrage (siehe Kasten).

Die nächste ZSDK-Jahrestagung findet am 26. Oktober 1995 in Glarus statt. ▀

Einrichtungen und Bettwaren,
Schaumstoff-Matratzen und
Überzüge nach Mass für:

Zivilschutz
Militär
Tourismus



Equipements et literie,
matelas en mousse et housses
de matelas sur mesure pour:

la protection civile
l'armée et le
tourisme

ARTLUX • Wiggermatte • 6260 Reiden • Tel. 062 81 35 66 • Fax 062 81 35 67

La Conférence des conseillers d'Etat chargés de la protection civile à Brigue

«La protection civile ne supporte pas de réductions budgétaires supplémentaires»

JM. La réunion annuelle de la Conférence des conseillers d'Etat directeurs de la protection civile (CDPCi) a lieu, suivant l'usage, chaque année dans un autre canton. Cette année, ce fut le canton du Valais qui invita. L'orateur invité, le conseiller fédéral Arnold Koller, fit un exposé sur la mise en pratique de la protection civile «nouvelle formule» dans les cantons, et les représentants des gouvernements cantonaux adoptèrent une résolution contre de nouvelles réductions budgétaires dans la protection civile à l'unanimité.

Le président de la CDPCi, le conseiller d'Etat d'Obwald Toni Wolfisberg, expédia les différents points statutaires avec sa dextérité habituelle. Le conseiller d'Etat Richard Gertschen exprima dans son message de bienvenue encore une fois les remerciements les plus chaleureux du Valais pour l'aide entre Confédérés et amis, lors des inondations catastrophiques de septembre 1993, aux représentants des cantons.

A cause de la limitation du mandat dans son canton, le conseiller d'Etat Toni Wolfisberg doit se retirer en 1995 du gouvernement d'Obwald, et ainsi aussi de la conférence des conseillers d'Etat directeurs de la protection civile. Comme nouveau membre, l'Assemblée nomma de ce fait le conseiller d'Etat Walter Bischofberger, d'Appenzell RI, dans le comité de la CDPCi. Comme représentant de la Romandie, le conseiller d'Etat Charles Favre du canton de Vaud fut également élu dans le comité.

Egalement à l'unanimité fut nommé le conseiller d'Etat Rudolf Gisler, chef de la direction militaire et de la police du canton de Glaris, comme président de la CDPCi, comme successeur de Toni Wolfisberg. Celui-ci récolta pour ses années de présidence de vifs applaudissements.

Protection civile: 18 990 jours de main-d'œuvre au Haut-Valais

Des formations de la protection civile du Valais et de beaucoup d'autres cantons ont effectué pour remédier aux dégâts de la catastrophe de l'automne 1993, unique-



Le conseiller fédéral Arnold Koller en conversation animée à Brigue.

ment au Haut-Valais, pendant des mois, en tout environ 19 000 jours de main-d'œuvre précieuse, a constaté non sans fierté le conseiller fédéral Arnold Koller, chef du département fédéral de justice et police et ainsi le principal responsable de la protection civile dans notre pays, au commencement de son exposé sur la mise en pratique de la nouvelle protection civile dans les cantons. La protection civile et les autres organisations de sauvetage ont sincèrement mérité les remerciements du Conseil fédéral et de la population éprouvée, dit Arnold Koller.

Soutenir la réforme à l'aide de la politique

Arnold Koller a rappelé que, le 19 octobre dernier, le Conseil fédéral a arrêté comme prévu au 1^{er} janvier 1995 l'entrée en vigueur de la nouvelle législation de la protection civile et d'une série d'ordonnances d'application. Ainsi la Confédération aura en temps utile posé les conditions-cadres et fourni les prestations nécessaires à la mise en œuvre des nouvelles structures. Même si le cahier des charges de l'Office fédéral reste encore bien rempli, ce dernier peut pour ainsi dire passer le témoin aux autorités cantonales et communales qui doivent maintenant concrétiser la réforme. Elles devront avant tout mettre l'accent sur les innovations en matière de conduite, les interventions en cas de catas-

trophe et tirer parti de la régionalisation et de la collaboration accrue avec les partenaires de la protection civile. Il importe également de mieux ancrer l'idée de la protection civile au sein de la population. Car l'entrée en vigueur de la législation révisée n'est pas une fin en soi. Elle ne joue en effet qu'un rôle de catalyseur et lance un processus dont les cantons et les communes sont désormais les principaux artisans.

Priorité à l'instruction

L'instruction constitue la pierre angulaire de la protection civile, a déclaré ensuite Monsieur Koller. Soucieuse d'aménager un terrain favorable à la promotion de l'instruction, la Confédération se chargera notamment de la formation des cadres supérieurs et des instructeurs à plein temps de la protection civile. De leur côté, les cantons devront engager des instructeurs à plein temps en nombre suffisant, veiller à s'attacher leurs services et permettre leur formation auprès de l'Ecole fédérale d'instructeurs. Il leur incombe par ailleurs de conseiller et d'aider les communes qui sont notamment chargées d'organiser les rapports d'incorporation et les cours de répétition. Le soutien aux communes portera non seulement sur la matière enseignée aux personnes astreintes à servir mais aussi sur les possibilités de promouvoir une image positive de la protection

civile à travers ces services d'instruction. Dans cette optique, il importe que l'instruction et la conduite ne soient pas uniquement le fait de la direction de la protection civile, mais que les autorités communales et les éléments d'intervention rapide y soient étroitement associés.

Economies supérieures à la moyenne

Dans le domaine de la défense générale, la constitution fait fi des questions conjoncturelles, puisqu'elle prévoit que la Confédération, les cantons et les communes continuent, même en période de vaches maigres, d'assurer la protection et la sécurité de la population. Confrontée au casse-tête consistant à faire plus avec moins de moyens, la protection civile a réussi un tour de passe-passe. Grâce à une série de mesures judicieuses, elle parvient à faire davantage d'économies que tout autre domaine d'activité étatique. Considérées jusqu'en 2010, ces économies se monteront à plus de 2,8 milliards de francs dont près d'un demi-milliard au profit des cantons et des communes. Jusqu'en 1997, les crédits annuels d'engagement liés aux constructions ne s'élèveront plus qu'à la moitié de ce qu'ils représentaient en 1992 alors que l'ensemble des dépenses affectées à l'échelon fédéral à la protection civile diminueront de 40 pour cent entre 1991 et 1997. Toutes autres réductions budgétaires ne permettraient plus à la protection civile de remplir la mission qui lui est attribuée dans le rapport sur la politique de sécurité de la Suisse et compromettraient dès lors notre crédibilité politique, prévient le conseiller fédéral. Le fait de vouloir abaisser ici ou là des effectifs prévus ou remplacer le système de milice en instaurant une organisation regroupant uniquement des professionnels ou des cadres aurait pour conséquence fâcheuse

d'écarter encore les mailles du réseau de sauvetage, notamment en cas d'événement dommageable impliquant toute une région. Au bout du compte, de telles mesures seraient plus coûteuses que le système prévu aujourd'hui et ne permettraient plus de garantir la protection de la population sur tout le territoire suisse.

Résolution contre de nouvelles réductions financières

Après l'exposé engagé du conseiller fédéral, c'étaient David Schnyder, chef de la protection civile et des sapeurs-pompiers

du canton du Valais, Leander Cina, chef d'intervention en automne 1993 ainsi que Franziskus Escher, brigadier, de la police cantonale valaisanne, qui orientaient en détail sur les interventions faites lors de la catastrophe due aux intempéries.

La Conférence des conseillers d'Etat chargés de la PCi a ensuite adopté, à l'unanimité, une résolution qui formulait que la nouvelle protection civile ne supportera pas d'autres réductions budgétaires (voir encadré).

La prochaine assemblée annuelle aura lieu le 26 octobre 1995 à Glaris. ■

Résolution

La révision de la législation sur la protection civile qui a été approuvée par le Parlement et qui sert de base légale aux importantes innovations liées à la réforme constitue un tournant pour l'institution. Dans ce contexte, il y a lieu de relever qu'aussi bien les Chambres fédérales qu'une grande partie de la population sont convaincues du bien-fondé de la protection civile.

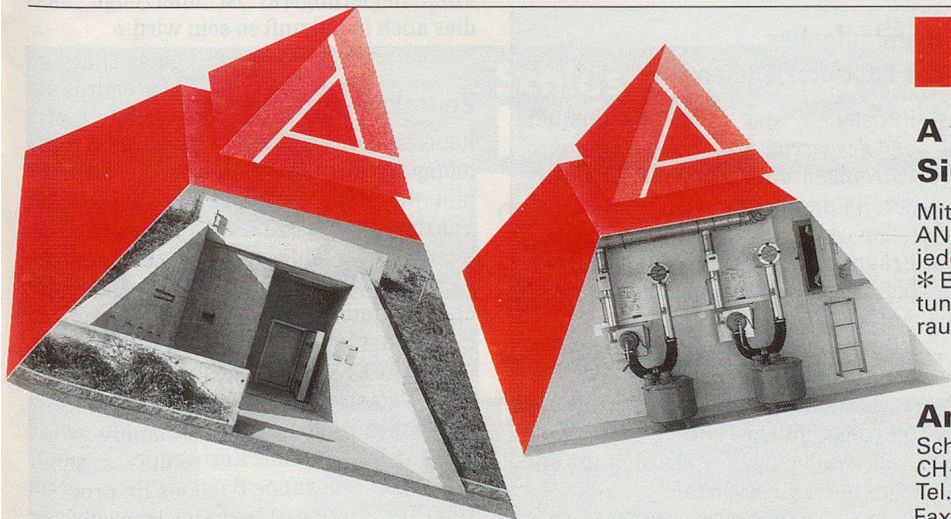
La nouvelle orientation de la protection civile implique le renoncement à un certain nombre d'acquis et, partant, permet de réaliser de substantielles économies. A ce titre, il convient de mentionner, entre autres, la diminution drastique du nombre de personnes astreintes à servir, la réduction des normes en matière de construction d'abris et la simplification des structures des organisations de protection civile. Grâce à ces économies, la nouvelle protection civile contribue de manière importante à l'assainissement des finances publiques.

La Conférence des conseillers d'Etat chargés de la protection civile soutient sans réserve la nouvelle législation de la protection civile et s'oppose clairement à toute réduction supplémentaire du budget prévu dans le cadre de la mise en œuvre de la réforme. Il y va de la crédibilité de l'organisation et de sa capacité à remplir sa mission, notamment dans le domaine de l'aide en cas de catastrophe et des secours urgents.

Il importe par ailleurs de consentir rapidement aux investissements qui s'imposent pour équiper correctement les formations de sauvetage. De nombreuses vies humaines dépendront peut-être demain déjà de l'efficacité de leurs interventions.

Les conseillers d'Etat chargés de la protection civile demandent par conséquent à la Confédération, aux cantons et aux communes d'accorder à la protection civile les moyens financiers et le personnel nécessaires à la mise en œuvre du nouveau plan directeur.

La Conférence des conseillers d'Etat chargés de la protection civile



Andair AG

A wie Andair.

Sicher, einfach und robust.

Mit dem Schutzraum-Geräteprogramm von ANDAIR ist die Belüftung von Schutzräumen jeder Grösse sichergestellt.

* Explosions-Schutzventile * AC-Filter * Belüftungsaggregate * Dieselkühlgeräte * Schutzraumabschlüsse * Sanitär-Zubehör

Andair AG

Schaubenstrasse 4
CH-8450 Andelfingen
Tel. 052 41 18 36
Fax 052 41 21 72

Andair SA

Ch. Valmont 240
CH-1260 Nyon
Tél. 022 361 46 76
Fax 022 361 87 45